

### Migrations- und Integrationspolitik am Beispiel Baden-Württembergs

Scholz, Jendrik

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scholz, J.r. (2019). Migrations- und Integrationspolitik am Beispiel Baden-Württembergs. *Sozialismus*, 46(4), 64-67.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62247-9>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:  
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

#### Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:  
<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

# Migrations- und Integrationspolitik am Beispiel Baden-Württembergs

von ■ Jendrik Scholz

Die Unternehmen in Baden-Württemberg klagen über Fachkräftemängel und begründen damit ihre Forderung nach einer liberalen Zuwanderungspolitik. Andererseits verfügen dort nur 81% aller Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Studium. Bei den 25- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund bzw. -erfahrung verfügen sogar nur 68 bzw. 66% über eine abgeschlossene Berufsausbildung.<sup>1</sup>

Die offizielle Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg liegt nach zehn Boomjahren bei etwa 4%. In den urbanen Regionen, die in der Regel das Ziel von Zuwanderung sind, liegt sie aber deutlich höher – in Pforzheim beispielsweise bei etwas 6% und in Freiburg im Breisgau und in Mannheim bei etwa 5%. In Pforzheim und Mannheim errangen die Rechtspopulisten der AfD bei der vergangenen Landtagswahl jeweils ein Direktmandat. Dies deutet auf enorme Glaubwürdigkeitsverluste der Mitte-Links- (SPD: nur 12,7%) bzw. Mitte-Rechts-Volksparteien (CDU: nur 27,0%) hin. Während die »kosmopolitische«<sup>2</sup> grüne Partei 30,3% erreichte und weiterhin den Ministerpräsidenten stellt, konnte die baden-württembergische Linkspartei weder von der Erosion der Volksparteien (insbesondere der Sozialdemokratie) profitieren noch den Vormarsch des Rechtspopulismus (AfD: 15,1%) aufhalten. Die Linkspartei erreichte unter Füh-

rung ihres Spitzenkandidaten Bernd Riexinger mit einem eher kosmopolitisch ausgerichteten Wahlkampf lediglich 2,9%. Sie wurde damit ihrem Anspruch, die Rechten zu stoppen, nicht gerecht. Eine mögliche Ursache ihrer Niederlage könnte in ihrem zu liberalen Kurs in der Zuwanderungspolitik liegen.<sup>3</sup>

Trotz hervorragender konjunktureller Situation sind knapp 400.000 Menschen bei den Arbeitsagenturen in Baden-Württemberg als arbeitssuchend gemeldet, knapp 200.000 sind arbeitslos, darunter mehr als 50.000 Langzeitarbeitslose. Jeder dritte Arbeitslose in Baden-Württemberg hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig sind der Arbeitsagentur nur etwa 100.000 offene Stellen gemeldet.<sup>4</sup> Die Zahl der Beschäftigten in der Leiharbeit hat sich zwischen dem Jahr 2003 und dem Jahr 2016 auf knapp 120.000 Betroffene verdreifacht. Im Jahr 2016 waren nur noch 60% aller Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg Normalarbeitsverhältnisse, 40% waren dagegen atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Minijobs oder Teilzeitarbeit.<sup>5</sup> Zuletzt arbeiteten nur noch 49% aller Beschäftigten in Baden-Württemberg in einem Betrieb, der an einen Flächentarifvertrag gebunden ist.<sup>6</sup>

Erfahrungsgemäß sind im Niedriglohnssektor mit seinen einfachen personenbezogenen Dienstleistungen die Flächentarifbindung und gewerkschaftlichen Machtressourcen am geringsten



12.4.2018, Baden-Württemberg, Metzingen: Integrationsberatung (Foto: dpa)

ausgeprägt. Die starke Zuwanderung genau in denjenigen Sektor, in dem sie am schwächsten aufgestellt sind, stellt die Gewerkschaften daher vor enorme Herausforderungen. Bei der Landtagswahl im Jahr 2016 erreichte die AfD in Baden-Württemberg mit 15,7% der Stimmen unter den Gewerkschaftsmitgliedern mehr Zustimmung als unter allen Wähler\*innen (15,1%).<sup>7</sup>

Die Deutsche Bundesbank geht im Zusammenhang mit der starken Zuwanderung nach Deutschland von einer »tendenziell lohnämpfenden Wirkung« in »vergleichsweise niedrig entlohnten Branchen« aus.<sup>8</sup> Die realen Einkommen (also nach Berücksichtigung der Preisentwicklung) in den unteren beiden Einkommensgruppen, wo angesichts ihrer Qualifikationsstruktur Arbeitsaufnahmen von Flüchtlingen realistisch sind, sind in den letzten 25 Jahren sogar gesunken. Die Autoren der DIW-Studie erklären die negative Einkommensentwicklung in den beiden unteren Bevölkerungsgruppen auch mit der »Zuwanderung«, die »seit 2007 deutlich zugenommen« habe.<sup>9</sup>

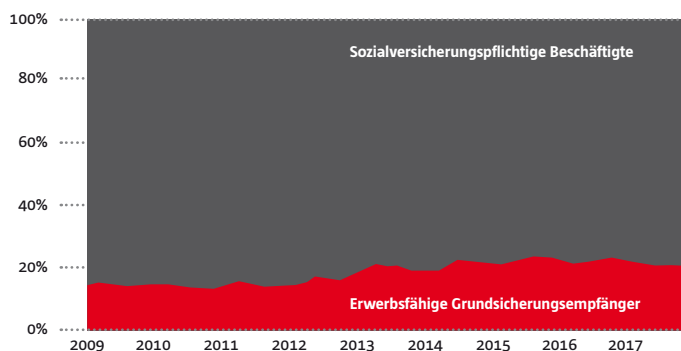
Der Arbeitsagentur zufolge sind nur insgesamt 18% aus der Zuwanderergruppe mit einem Flucht- oder Asylhintergrund als »Fachkräfte/Spezialisten« (15%) bzw. Experten (3%) zu klassifizieren. 61% von ihnen verfügen nach den Erkenntnissen der Arbeitsagentur weder über eine Berufsausbildung noch über ein Studium.<sup>10</sup> Die Qualifikationsstruktur dieser Migrant\*innengruppe entspricht mithin überhaupt nicht den realen Arbeitsmarktbedarfen eines auf den Export ausgerichteten Hightechlands wie Baden-Württemberg. Die Zuwanderung aus diesem Personenkreis droht dann in genau denjenigen An- und Ungelerntenbereichen einzumünden, die zukünftig am stärksten von Arbeitsplatzabbau infolge der Digitalisierungsprozesse betroffen sein werden. »So weist in Baden-Württemberg mit 26,9 Prozent mehr als jeder vierte Helferberuf ein hohes Substituierbarkeitspotenzial auf«,<sup>11</sup> ist das Ergebnis der IAB-Untersuchung »Digitalisierung der Arbeitswelt«. Bei Arbeitsmarkteintritt in einen wegen der mit Digitalisierung verbundenen Strukturveränderungen tendenziell schrumpfenden Niedriglohnssektor ist dort dann von wachsendem Wettbewerb mit einheimischen Geringqualifizierten – davon viele ebenfalls mit einem Migrationshintergrund – auszugehen.

Um ein Rentenniveau knapp oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen, waren im Jahr 2015 45 Beitragsjahre mit Vollzeitbeschäftigung in der gesetzlichen Rentenversicherung und ein Stundenlohn von mindestens 11,42 Euro erforderlich.<sup>12</sup> 44% der Zuwanderer\*innen mit einem Asyl- oder Fluchthintergrund sind nach Angaben der Arbeitsagentur aber bereits älter als 35 Jahre,<sup>13</sup> sodass sie keine 45 vollen Beitragsjahre in der Rentenversicherung mehr erreichen können.

Die Arbeitsagentur misst für unterschiedliche Zuwanderer\*innengruppen, die in den vergangenen Jahren nach Baden-Württemberg gekommen sind, u.a. die beiden wesentlichen Indikatoren für gelingende bzw. misslingende Arbeitsmigration: erstens die Einmündung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, d.h. die Stützung der Sozialversicherungssysteme auf ihrer Einnahmeseite, und zweitens die Einmündung in die steuerfinanzierte Grundsicherung, d.h. die Belastung der sozialen Sicherungssysteme auf ihrer Ausgabenseite.

Beispielhaft sollen diese beiden Variablen für zwei Migrant\*innengruppen in Baden-Württemberg untersucht werden:

**Abb. 1: Einmündung der Zuwanderung aus Bulgarien in Grundsicherung bzw. in sozialversicherungspflichtige Arbeit in Baden-Württemberg 2010 bis 2018**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (September 2018): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Regionaldirektion Baden-Württemberg, Verhältnis der erwerbsfähigen Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus Bulgarien von Januar 2010 bis März 2018 in Baden-Württemberg.

Zuwanderer\*innen mit bulgarischer Staatsangehörigkeit und mit syrischer Staatsangehörigkeit.

Im Frühjahr 2018 bezogen 4.397 Zuwanderer\*innen aus Bulgarien in Baden-Württemberg Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende, während gleichzeitig 16.377 Bulgar\*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Etwa vier von fünf erwerbsfähigen Bulgar\*innen sind demnach sozialversicherungspflichtig beschäftigt (78,9%). Ein Fünftel der erwerbsfähigen Bulgar\*innen ist auf die steuerfinanzierte Grundsicherung angewiesen (21,2%, 4.397 Personen).<sup>14</sup> Wie Abbildung 1 zeigt, mussten seit dem Januar 2010 etwas mehr Bulgar\*innen die Grundsicherung in Anspruch nehmen. Die Quote stieg von damals 15,5% auf dann 21,2% im März 2018. Zum Vergleich und zur politischen Einordnung: Der Anteil der

Jendrik Scholz arbeitet als Abteilungsleiter Arbeits- und Sozialpolitik für den DGB Baden-Württemberg.

<sup>1</sup> Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018): Fachserie »Bevölkerung mit Migrationshintergrund« für Baden-Württemberg 2017, Ergebnisse des Mikrozensus 2017.

<sup>2</sup> Zum Begriff vgl. beispielsweise Nölke, Andreas (2017): Linkspopulär – vorwärts handeln statt rückwärts denken, Frankfurt a.M., S. 75ff.

<sup>3</sup> Gilt gleichfalls für die baden-württembergische SPD und CDU

<sup>4</sup> Bundesagentur für Arbeit (2016-2018): Arbeitsmarktreporte (Monatszahlen) Land Baden-Württemberg.

<sup>5</sup> Hans-Böckler-Stiftung: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in Baden-Württemberg 2003 bis 2016, aus: Datenbank »Atypische Beschäftigung«, 20.6.2017, Daten nach Statistisches Landesamt und Arbeitsagentur.

<sup>6</sup> Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW): Tarifbindung – bezogen auf die Beschäftigten in Baden-Württemberg 2003 bis 2013, Tübingen 2014.

<sup>7</sup> DGB Einblick 5/2016.

<sup>8</sup> Deutsche Bundesbank: Lohnwachstum in Deutschland – Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung, in: Monatsbericht, April 2018, S. 13-28.

<sup>9</sup> Grabka, Markus M. und Goebel, Jan (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 2018 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, in: DIW-Wochenbericht 21/2018, S. 45ff.

<sup>10</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt kompakt Fluchtmigration, Dezember 2016, S. 13.

<sup>11</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Digitalisierung der Arbeitswelt – Folgen für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, IAB-Regional 3/2016, S. 33.

<sup>12</sup> Blank, Florian: Das Rentenniveau in der Diskussion, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Policy Brief Nr. 13, 8/2017, Düsseldorf, S. 2.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt kompakt Fluchtmigration, Dezember 2016, S. 13.

**Tabelle 1: Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten von Deutschen ohne Migrationshintergrund und Ausländern in Baden-Württemberg bis 2017 im Vergleich**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutsche ohne Migrationshintergrund	7,5	7,2	7,1	7,4	7,8	8,0	8,5	8,3	8,6	8,7	8,8	8,6	8,3
Ausländer	25,4	23,7	23,8	22,3	23,7	24,7	23,9	23,3	23,1	23,9	24,2	25,3	27,0
Insgesamt	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018): Amtliche Sozialberichterstattung, Armutsgefährdungsquoten in Baden-Württemberg, gemessen am Bundesmedian

Grundsicherungsempfänger\*innen an allen Erwerbspersonen in Baden-Württemberg betrug im März 2018 nur 1,8%. Unter ausländischen Staatsangehörigen betrug er nur 5,1%<sup>15</sup>.

Im Vergleich zu den bulgarischen Zuwanderer\*innen finden die erwerbsfähigen Syrer\*innen deutlich seltener einen Arbeitsplatz: Im März 2018 bezogen in Baden-Württemberg 40.658 erwerbsfähige Personen aus Syrien Grundsicherungsleistungen (82,7%) – nur 8.522 Personen (17,3%) waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie Abbildung 2 auch im Zeitverlauf seit dem Januar 2010 zeigt.

Wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ist der Erwerb der deutschen Sprache. Im Jahr 2017 haben in Baden-Württemberg 44.239 Personen am Integrationskurs teilgenommen. Darüber, wie viele von ihnen den Integrationskurs auch erfolgreich beendet haben, macht das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seiner »Integrationskursgeschäftsstatistik« keine Angaben.<sup>16</sup> Im Vorjahr 2016 hätten von bundesweit 340.000 Teilnehmer\*innen aber nur 133.050 den Integrationskurs erfolgreich absolviert,<sup>17</sup> also nicht einmal die Hälfte.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen starker Zuwanderung und steigender Armut? Wie Tabelle 1 zeigt, ist die Armutsgefährdungsquote der Deutschen ohne Migrationshintergrund in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2017 auf nur noch 8,3% zurückgegangen. Zuletzt im Jahr 2010 war die Armutsgefährdungsquote der autochthonen Bevölkerung mit 8,0% noch geringer gewesen. Parallel dazu ist aber die Armutsgefährdungsquote der ausländischen Staatsangehörigen in Baden-Württemberg im selben Zeitraum stark angestiegen auf bis zu 27,0% im Jahr 2017. Mithin ist fast jede dritte Person ausländischer Staatsangehörigkeit von Armut betroffen. Zwischen 2013 und 2017 kamen mehr als eine halbe Million mehr Personen aus dem Ausland nach Baden-Württemberg als Baden-Württemberg verließen. Weil die Armutsgefährdungsquoten unter Deutschen ohne Migrationshintergrund im selben Zeitraum konstant niedrig blieben bzw. sogar leicht sanken (2013: 8,6%, 2017: 8,3%), deuten die Daten auf einen Zusammenhang zwischen der starken Zuwanderung nach Baden-Württemberg und der steigenden Armutsgefährdung hin.

Insgesamt bleiben die Begründungszusammenhänge in der Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland inkohärent und widersprüchlich: Einerseits wird eine liberale Zuwanderungspolitik mit vorgeblich existierender Vollbeschäftigung und Fachkräftemängeln begründet. Wie die Abbildungen 1 und 2 für die Zuwanderung aus Bulgarien und Syrien zeigen, ist dies damit verbunden, dass die Zuwander\*innen häufig auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind, die aus den

öffentlichen Haushalten finanziert werden. Andererseits bzw. gleichzeitig wird hunderttausenden einheimischer »besonders arbeitsmarktferner Personen«<sup>18</sup> (viele davon mit einem Migrationshintergrund) ein neuer »sozialer Arbeitsmarkt« eingerichtet, der gleichfalls mit erheblichen finanziellen Mitteln im Umfang von vier Mrd. Euro gefördert werden soll.<sup>19</sup>

Die starke Zuwanderung nach Baden-Württemberg wirkt nicht nur auf den Arbeitsmärkten und in den sozialen Sicherungssystemen Verteilungs- und Finanzierungsfragen auf, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt. Hier braut sich ein gefährliches Gemisch aus liberaler Zuwanderungs- und liberaler Haushaltspolitik (Austerität) zusammen.

Bis zum Jahr 2009 lag die Zahl der Zuwanderer\*innen nach Baden-Württemberg immer unter der Zahl der im jeweiligen Jahr fertiggestellten Neubauwohnungen (Abbildung 4). In den letzten zehn Jahren hat die Zuwanderung sprunghaft zugenommen mit einem Spitzenwert von 175.000 Personen im Jahr 2015, während gleichzeitig die Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen auf sehr niedrigem Niveau bei unter 40.000 stagnierte. Von einer Belegung einer Wohnung mit durchschnittlich zwei Personen ausgehend, fehlen seit dem Jahr 2006 in Baden-Württemberg alleine 150.000 Neubauwohnungen, um den starken Zuzug aus dem Ausland zu kompensieren.

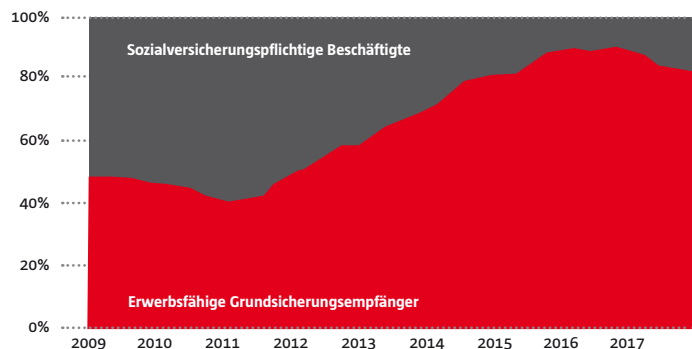
Der Mieterbund Baden-Württemberg nennt einen Bedarf von 16.000 neuen Sozialmietwohnungen pro Jahr, für die öffentliche Investitionen von etwa 720 Mio. Euro pro Jahr erforderlich seien.<sup>20</sup> Tatsächlich gebaut wurden im Jahr 2015 aber nur 1.000 und im Jahr 2016 nur 1.400 Sozialmietwohnungen im ganzen Land Baden-Württemberg. Auf dem Höhepunkt der Zuwanderung aus dem Ausland nach Baden-Württemberg im Jahr 2015 gab das Land gerade einmal 59,2 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau aus. Die liberale Wohnungspolitik in Baden-Württemberg verknappt mit ihren völlig unzureichenden öffentlichen Wohnungsbauinvestitionen trotz parallel starker Zuwanderung den verfügbaren Wohnraum und treibt die Mietbelastungen in die Höhe.

Wenn die Integration einiger Hunderttausend Zuwanderer\*innen in Baden-Württemberg gelingen soll, sind kräftige öffentliche Investitionen insbesondere in die kommunale Infrastruktur erforderlich – in Kindergärten, Schulen, Wohnungen und den öffentlichen Personennahverkehr. Neben dem Arbeitsmarkt und den Betrieben entscheidet sich in den Gemeinden vor Ort, ob Integration gelingt oder misslingt. Je besser die Integration dort gelingt, desto besser wird auch die Integration in Ausbildung und Arbeit gelingen.

Wie Abbildung 4 zeigt, und genau darin besteht das Paradoxon in Baden-Württemberg, sinken die öffentlichen Investitio-

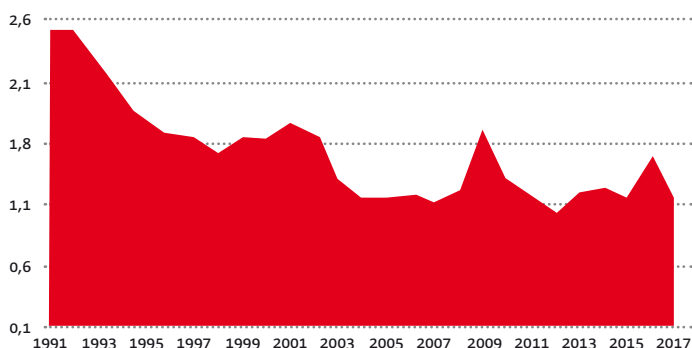


**Abb. 2: Einmündung der Zuwanderung aus Syrien in Grundsicherung bzw. in sozialversicherungspflichtige Arbeit in Baden-Württemberg 2010 bis 2018**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (September 2018): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Regionaldirektion Baden-Württemberg, Verhältnis der erwerbsfähigen Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus Syrien von Januar 2010 bis März 2018 in Baden-Württemberg.

**Abb. 4: Prozentualer Anteil der Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg und seiner Gemeinden am Bruttoinlandsprodukt des Landes (Sachinvestitionsquoten 1991 bis 2017)**

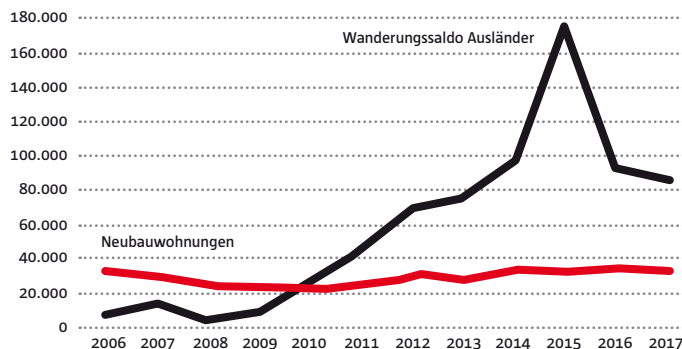


Quelle: Statistische Ämter der Länder (2018): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Bruttoinlandsprodukt; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2018: Personalausgaben, Sachinvestitionen und Schuldenstand des Landes und der Gemeinden/Gv.

nen in gelingende Integration deutlich, obgleich parallel die Zuwanderung stark zunimmt, d.h. es besteht eine Parallelität von starker Zuwanderung und Austerität, die nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern inzwischen auch die Stabilität der beiden Volksparteien gefährdet. Wie die stark sinkenden öffentlichen Investitionen und die parallel ebenfalls stark sinkenden öffentlichen Schulden in Baden-Württemberg zeigen, haben aller Vielfalts- und Weltoffenheitsrhetorik zum Trotz Investitionen in gelingende Integration in Wirklichkeit keine politische Priorität auf der Agenda des von einem grünen Ministerpräsidenten geführten Südweststaats.

Tatsächlichen Vorrang haben stattdessen die Prinzipien der Austeritätspolitik und das Dogma der »schwarzen Null«. Die in Baden-Württemberg stark wachsenden Steuereinnahmen verwendet die grüne Partei (die auch das Finanzministerium führt) für den Schuldenabbau und nicht für öffentliche Investitionen in gelingende Integration. Das KfW-Kommunalpanel beziffert den »Investitionsrückstand« u.a. angesichts der »Zuwanderung aus Europa und dem nicht-europäischen Ausland« im Wohnungsbau auf 3,1 Mrd. Euro, in der Kinderbetreuung auf 7,6 Mrd.

**Abb. 3: Wanderungssaldo ausländischer Staatsangehöriger nach Baden-Württemberg und Fertigstellung von Neubauwohnungen 2006 bis 2016 im Vergleich**



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018): Zahl der fertiggestellten Neubauwohnungen 2006 bis 2017 in Baden-Württemberg und Saldo des Zuzugs und Fortzugs von Ausländern nach bzw. aus Baden-Württemberg (Wanderungssaldo Ausländer).

Euro, im öffentlichen Personennahverkehr auf 400 Mio. Euro und im Schul- und Bildungsbereich auf 47,7 Mrd. Euro.<sup>21</sup> Insgesamt sind in Deutschland demnach 158,8 Mrd. Euro erforderlich, um die Versäumnisse der Vergangenheit zu revidieren. Heruntergebrochen auf Baden-Württemberg beträgt der dortige Investitionsstau 20,3 Mrd. Euro.

Zur politischen Einordnung: Für das Jahr 2018 plant das Land Baden-Württemberg nur mit laufenden Gesamtinvestitionen und Investitionszuweisungen an seine Gemeinden im Umfang von 4,4 Mrd. Euro.<sup>22</sup> Nils Heisterhagen hat insofern Recht, wenn er es »schleierhaft« nennt, »wie man angesichts dieser Herausforderung der Integration überhaupt an das Einhalten der Schuldenbremse denken kann«.<sup>23</sup>

Die empirischen Befunde aus Baden-Württemberg zeigen die Notwendigkeit, Zuwanderung nach Deutschland sinnvoll zu steuern.

<sup>14</sup> Bundesagentur für Arbeit (September 2018): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Regionaldirektion Baden-Württemberg, Verhältnis der erwerbsfähigen Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus Syrien von Januar 2010 bis März 2018 in Baden-Württemberg.

<sup>15</sup> Bundesagentur für Arbeit (2018): Arbeitsmarktreport (Monatszahlen), Land Baden-Württemberg, März 2018, S. 11.

<sup>16</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018): Integrationskursgeschäftsstatistik, Bundesland Baden-Württemberg im Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017, Stand: 4. April 2018.

<sup>17</sup> Süddeutsche Zeitung, 18. September 2017, »Sprachkurse zur Integration werden häufig abgebrochen«.

<sup>18</sup> Lietzmann, Torsten/Kupka, Peter u.a.: Wer für die Förderung infrage kommt – Sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, zugleich: IAB-Kurzbericht 20/2018.

<sup>19</sup> Vgl. Bundesregierung (2018): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz).

<sup>20</sup> Mieterbund Baden-Württemberg 2017.

<sup>21</sup> Krone, Elisabeth/Scheller, Henrik (2018): KfW-Kommunalpanel 2018 (Deutsches Institut für Urbanistik/KfW-Bankengruppe), Frankfurt am Main.

<sup>22</sup> Ministerium für Finanzen des Landes Baden-Württemberg (2018): Übersicht über die wichtigsten Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Landes Baden-Württemberg.

<sup>23</sup> Heisterhagen, Nils (2018): Die liberale Illusion – Warum wir einen linken Realismus brauchen, Bonn, S. 127.